

Thema des Monats September 2010

Unterstützung für behinderte Kinder
durch
Integrationshelfer/Schulbegleiter



Impressum:

Inhalte und Gestaltung: Marlen Holnick

Sozialverband VdK Rheinland-Pfalz e. V., Kaiserstraße 62, 55116 Mainz

E-Mail: rheinland-pfalz@vdk.de

Internet: www.vdk.de/rheinland-pfalz

© Sozialverband VdK Rheinland-Pfalz, August 2010

Die Inhalte wurden sorgfältig erarbeitet. Es kann jedoch keine Gewährleistung für Aktualität, Richtigkeit und Vollständigkeit übernommen werden.

Die in dieser Informationsmappe verwendeten männlichen Bezeichnungen dienen ausschließlich der besseren Lesbarkeit und gelten ausdrücklich für beide Geschlechter. Eine Diskriminierung weiblicher Personen wird damit nicht beabsichtigt.

Inhaltsverzeichnis

I. Was machen Integrationshelfer?	4
II. Rechtliche Grundlagen	4
III. Zuständigkeit des Sozialamtes für die Kostenübernahme	5
IV. Aktuelle Streitfälle	6
1. Kostenübernahme bei Besuch einer Regelschule	6
2. Schulbegleitung zum Besuch einer Förderschule	7
3. Besonderheiten bei Kindern mit Autismus	7
4. zusätzliche Betreuung in besonderen Unterrichtssituationen	8
V. Integrationshelfer in Kindergärten.....	8

I. Was machen Integrationshelfer?

„Jedes Kind ist anders und hat das Recht, dazu zugehören“. Integrationshelfer, oder auch Schulbegleiter genannt, unterstützen Kinder und Jugendliche mit Behinderungen im Rahmen ihres Schulbesuches. Sie begleiten Schüler während eines Teils oder auch während der gesamten Schulzeit, um deren behinderungsbedingte Defizite zu kompensieren und Hilfestellungen zu geben. Meist handelt es sich hierbei um Zivildienstleistende, Kinderpflegerinnen, Erzieherinnen oder junge Menschen, die ein freiwilliges soziales Jahr ableisten.

Die Hilfe umfasst heilpädagogische sowie sonstige individuell angepasste Maßnahmen für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen. Integrationshelfer stehen den Betroffenen bei lebenspraktischen Verrichtungen zur Seite, erledigen die anfallenden Pflögetätigkeiten während der Schulzeit und unterstützen allgemein bei der Orientierung im Schulalltag. Auch der Schulweg ist von dieser Begleitung umfasst. Die konkreten Aufgaben der Schulbegleitung bestimmen sich nach den persönlichen Erfordernissen des jeweiligen Schölers. Wesentliche Aufgabenbereiche bei schwer körperbehinderten Kindern sind unter anderem einfache Handreichungen während des Unterrichts und individuelle Unterstützungsmaßnahmen wie beispielsweise den Rollstuhl schieben, oder beim Essen und Trinken sowie beim Besuch der Toilette helfen. Viele Integrationshelfer fungieren aber auch als Kommunikationshelfer. Insbesondere bei Kindern und Jugendlichen mit Autismus können autistische Verhaltensweisen in den Schulalltag integriert und über die sogenannte gestützte Kommunikation die Teilnahme am Unterricht überhaupt erst ermöglicht werden.

Schulbegleiter dürfen allerdings keine Aufgaben übernehmen, die in den Kernbereich der pädagogischen Arbeit des Lehrers gehören wie beispielsweise die Unterstützung und Überwachung von Aufgabenlösungen oder Arbeitsanleitungen.

II. Rechtliche Grundlagen

Die rechtlichen Grundlagen für die Schulbegleitung als Teilbereich der Eingliederungshilfe sind in §§ 53, 54 SGB XII geregelt. Gemäß § 53 Abs. 1 Satz 1 SGB XII besteht für wesentlich und nicht nur vorübergehend behinderte Personen ein Rechtsanspruch auf Eingliederungshilfe. Personen mit einer anderen - also nicht wesentlichen oder vorübergehenden - körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung können Leistungen der Eingliederungshilfe erhalten. Durch das Eingliederungshilferecht soll die Teilhabe am Leben in der Gesellschaft ermöglicht oder erleichtert werden, sofern diese behinderungsbedingt eingeschränkt ist.

In § 54 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB XII ist bestimmt, dass zu den Leistungen der Eingliederungshilfe auch „Hilfen zu einer angemessenen Schulbildung, vor allem im Rahmen der allgemeinen Schulpflicht und zum Besuch weiterführender Schulen einschließlich der Vorbereitung hierzu“ zählen. Die Haupthilfe besteht in der Übernahme der Kosten der zusätzlichen Betreuung in der Schule.

Voraussetzung für die Genehmigung eines Integrationshelfers ist, dass die Unterstützungsmaßnahmen erforderlich und geeignet sind, dem behinderten Kind oder Jugendlichen die jeweils beste Schulform zu ermöglichen. Die Schulwahl ist der erste Schritt. Das zuständige Schulamt bestimmt - möglichst im Einvernehmen mit den

Eltern - die Schule, in der das Kind die beste Förderung erfährt.¹ Die Angemessenheit der Schulbildung bemisst sich an der im Rahmen der allgemeinen Schulpflicht üblicherweise erreichbaren Bildung. Die Einzelmaßnahmen der Hilfe zu einer angemessenen Schulbildung werden in § 12 Eingliederungshilfe-Verordnung aufgeführt. Hilfe zu höheren Schulabschlüssen ist dann angemessen im Sinne des § 12 Nr. 3 Eingliederungs-Verordnung, wenn die Fähigkeiten und Leistungen erwarten lassen, dass das Bildungsziel erreicht wird. Liegt nach schulischer Beurteilung beispielsweise keine Eignung für den Besuch der gymnasialen Oberstufe vor, ist dies auch keine angemessene Schulbildung und kann dementsprechend auch nicht gefordert werden. Ein Anspruch auf einen höheren Schulabschluss kann jedoch nicht aus dem Grund verwehrt werden, weil der Besuch der Schule mehr Geld kostet. Es gibt keinen Rechtssatz, auch nicht aus dem Sozialstaatsprinzip abgeleitet, wonach die Schulausbildung keinerlei Kosten verursachen darf.

Leistungen nach der Eingliederungshilfe-Verordnung können gemäß § 54 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 SGB XII auch für den Besuch einer Hochschule sowie zur schulischen Ausbildung für einen angemessenen Beruf gewährt werden. Über die Angemessenheit im Einzelfall entscheiden die zuständigen Träger der Sozialhilfe unter Berücksichtigung von Art und Maß der Behinderung unter Hinzuziehung „sachverständiger Stellen“.

Weitere Leistungen der Eingliederungshilfe sind beispielsweise:

- Hilfe zur Ausbildung für eine sonstige angemessene Tätigkeit
- Hilfe in vergleichbaren sonstigen Beschäftigungsstätten nach § 56 SGB XII (anerkannte Werkstätten für behinderte Menschen)
- nachgehende Hilfe zur Sicherung der Wirksamkeit der ärztlichen und ärztlich verordneten Leistungen und zur Sicherung der Teilhabe der behinderten Menschen am Arbeitsleben.

III. Zuständigkeit des Sozialamtes für die Kostenübernahme

Zuständig für die Übernahme der Kosten der Schulbegleitung sind die Sozialämter. Eltern, die für ihr Kind eine Schulbegleitung suchen, müssen rechtzeitig beim zuständigen Sozialleistungsträger einen Antrag auf Übernahme der Kosten der Schulbegleitung stellen. Der besondere Hilfebedarf und der Nachweis, dass die Maßnahme erforderlich und geeignet ist, kann durch ein ärztliches Attest oder ein Schulgutachten erbracht und bereits im Antragsschreiben beim Sozialamt vorgelegt werden. Dennoch kann das Sozialamt die Vorstellung beim Amtsarzt für erforderlich halten.

Es empfiehlt sich, den Antrag möglichst frühzeitig vor der Einschulung beziehungsweise vor Beginn des Schuljahres zu stellen. Zudem ist es von Vorteil, wenn man bereits einen Integrationshelfer benennen kann. Zu beachten ist, dass die Sozialämter selbst keine Integrationshelfer bereitstellen. Diese werden von verschiedenen Trägern karitativer Einrichtungen, deren Adressen den Sozialämtern bekannt sind, zur Verfügung gestellt. Es besteht daher auch die Möglichkeit, dass die Angehörigen gemeinsam mit dem Kind eine geeignete Person suchen und gegenüber dem Sozialamt vorschlagen.

¹ BVerwG, Urteil vom 02.09.1993, Az.: 5 C 50/91

Weder vom Kind noch von den Eltern kann das Sozialamt eine Zuzahlung beziehungsweise eine Eigenbeteiligung an den Kosten einer Schulbegleitung verlangen. Auch ein Einkommensnachweis der Eltern ist bei der Eingliederungshilfe als Hilfe zu einer angemessenen Schulbildung für Kinder und Jugendliche nicht notwendig. Die genannten Leistungen werden ohne Rücksicht auf Einkommen und Vermögen erbracht.

Über die Kostenübernahme entscheidet das Sozialamt mit förmlichem Bescheid. Nach der Antragstellung erhält man in der Regel nach längstens 4 Wochen entweder eine Aufforderung zu einer weiteren ausführlichen Stellungnahme oder im Idealfall einen Bescheid. Die Anhörung sollte möglichst schnell beantwortet werden, damit ein Bescheid ergehen kann. Gegen einen ablehnenden Bescheid besteht die Möglichkeit, innerhalb eines Monats Widerspruch einzulegen. Bei den meisten Betroffenen sollte der Integrationshelfer bereits zum Einschulungstermin beziehungsweise bei Beginn des Schuljahres zur Verfügung stehen. Aufgrund der hieraus in der Regel resultierenden Eilbedürftigkeit der Kostenübernahme empfiehlt es sich im Falle einer Ablehnung, Widerspruch einzulegen und unverzüglich einen entsprechenden Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung bei Gericht zu stellen.

IV. Aktuelle Streitfälle

In der Praxis gibt es häufig Probleme bei der Umsetzung des Anspruchs. So kommt es nicht selten vor, dass Schulbegleiter fachlich nicht ausreichend qualifiziert sind. Zudem ist eine Abstimmung und Zusammenarbeit zwischen dem Sozialamt, der Schule, dem Integrationshelfer und den Betroffenen mitunter eher schwierig umzusetzen. Aus verschiedenen Gründen verweisen Sozialämter häufig auf ihre Unzuständigkeit bezüglich der Kostenübernahme einer Schulbegleitung beziehungsweise auf die Möglichkeit eines Schulwechsels.

1. Kostenübernahme bei Besuch einer Regelschule

Der Sozialhilfeträger muss die Kosten für die Integrationshilfe übernehmen, wenn die zuständige Schulbehörde der Meinung ist, dass ein Schüler eine Regelschule besuchen kann und keinen Unterricht in einer Förderschule benötigt. Mitunter versuchen die Sozialhilfeträger die Kostenübernahme für einen Schulbegleiter an einer Regelschule mit dem Argument zu verweigern, dass der Schüler eine Förderschule besuchen könne. Aufgrund der dort vorhandenen erhöhten sonderpädagogischen Förderung sei ein Integrationshelfer dann nicht mehr erforderlich. Diese Ablehnung ist unrechtmäßig. Wenn das Kind oder der Jugendliche die Voraussetzungen für den Besuch der Regelschule erfüllt, dann ist der Sozialhilfeträger zur Kostenübernahme verpflichtet. Voraussetzung ist, dass der Schüler aktiv am Unterricht teilnehmen kann. Dies bedeutet, dass er „überwiegend“ in der Klassengemeinschaft unterrichtet wird, dass er den verschiedenen Unterrichtsformen (nicht den Unterrichtszielen) der Regelschule folgen kann und dabei schulische Fortschritte erzielt sowie gemeinschaftsfähig ist.

Sofern also die Zustimmung der Schulbehörde sowie der jeweiligen Schule vorliegt, ist somit dem Grunde nach ein Anspruch gegen das Sozialamt auf einen Integrationshelfer gegeben. Dies gilt auch dann, wenn der Besuch der Regelschule höhere Kosten verursacht als die Sonderschule.² Der Sozialhilfeträger ist an die Entscheidung der Schulbehörde, welche Schulbildung für ein behindertes Kind angemessen im Sinne des § 54 Abs. 1 Satz 1 SGB XII ist, gebunden. Der Sozialhilfeträger hat jedoch auch dann in eigener Verantwortung zu entscheiden, ob ein begehrter Integrationshelfer für den Grundschulbesuch als Eingliederungshilfe nach dem SGB XII geeignet und erforderlich ist, wenn dies zuvor von der Schulbehörde geprüft und verneint worden ist. Für die Beurteilung kann er allerdings auf die fachpädagogischen und medizinischen Ermittlungen und Einschätzungen der Schulbehörde zurückgreifen. In jedem Fall darf das Sozialamt nicht die Schulbehörde dahin gehend beeinflussen, dass das Kind nicht in die gewünschte Regelschule gehen darf, obwohl es die Anforderungen erfüllt. Dies stellt eine sachfremde Beeinflussung und damit auch einen rechtswidrigen Grundrechtseingriff dar.

2. Schulbegleitung zum Besuch einer Förderschule

Bei der Beantragung einer Schulbegleitung zum Besuch einer Förderschule können sich ebenfalls Schwierigkeiten ergeben. Ein Integrationshelfer kann hier nur zur Verfügung gestellt werden, wenn eine zusätzliche Betreuung des behinderten Schülers, die die Förderschule nicht selbst leisten kann, erforderlich ist. Es muss also eine Betreuung des behinderten Schülers über das übliche Maß hinaus erforderlich sein. Das ist zum Beispiel bei einem Kind mit Glasknochenkrankheit der Fall, weil ohne eine zusätzliche Betreuung die Gefahr der Verletzung zu groß ist.

3. Besonderheiten bei Kindern mit Autismus

Besonders für Eltern von Kindern mit Autismus ist es häufig sehr schwer, eine geeignete und ausreichend qualifizierte Schulbegleitung zu finden. In der Regel übernehmen die zuständigen Sozialämter lediglich die Kosten für einen „ungelernten“ Integrationshelfer. Autistische Kinder benötigen jedoch besondere Unterstützung, was Interaktion und Kommunikation anbelangt. Eine gute Förderung kann dazu beitragen, dass sich Kinder mit Autismus besser in die Schulklasse integrieren und sich so auch besser im Schulalltag orientieren können. Die Schulbegleiter sorgen dafür, dass Schüler mit autistischem Syndrom die schulischen Anforderungen besser bewältigen können, indem sie immer wieder dessen Aufmerksamkeit fokussieren und gegebenenfalls zusätzliche Strukturierungen übernehmen. Sie kennen syndrombedingte Besonderheiten und versuchen, diese durch gezielte soziale und emotionale Einflussnahme zu verändern. Sie helfen beispielsweise, Kontakte zu Mitschülern zu knüpfen, eine Eigenkontrolle aufzubauen oder zu einer realistischen Eigen- und Fremdwahrnehmung zu gelangen. Ein solcher Anspruch auf eine mitunter teurere Fachkraft wurde auch bereits in Einzelfällen von der Rechtsprechung bewilligt.

² vgl. LSG Sachsen, Beschluss vom 24.07.2006, Az.: L 3 B 81/06 SO-ER; VG Bremen, Urteil vom 28.06.1990, Az.: 3 A 142/90

4. zusätzliche Betreuung in besonderen Unterrichtssituationen

In einem Beschluss des Sächsischen Landessozialgerichts vom 24.07.2006³ wurde festgestellt, dass es nicht Aufgabe der Eltern sein kann, in „besonderen Unterrichtssituationen“ die Betreuung des behinderten Kindes selbst zu übernehmen. Hiervon umfasst sind beispielsweise schulische Unternehmungen außerhalb des Schulgebäudes wie Klassenfahrten. Für solche Situationen müssen anderweitige Hilfen und Unterstützungsmöglichkeiten, wie beispielsweise die Betreuung durch einen Integrationshelfer, zur Verfügung gestellt werden.

V. Integrationshelfer in Kindergärten

Ab dem 01.08.2010 haben alle Kinder ab dem vollendeten zweiten Lebensjahr bis zum Schuleintritt Anspruch auf Erziehung, Bildung und Betreuung im Kindergarten. Zweijährige Kinder mit Behinderung können unter Berücksichtigung ihres individuellen Teilhabebedarfs und des Nachrangs der Sozialhilfe sowie der Rahmenbedingungen des jeweiligen Kindergartens im Regelkindergarten oder in einer teilstationären Einrichtung der Eingliederungshilfe aufgenommen werden.

Beim Besuch eines Regelkindergartens können Kinder mit Behinderung einen zusätzlichen behinderungsbedingten Unterstützungsbedarf haben. Auch hier kann eine Förderung nach den §§ 53, 54 SGB XII erfolgen. Die Kosten einer Integrationsfachkraft beziehungsweise eines Integrationshelfers können übernommen werden, wenn die sozialhilferechtlichen Voraussetzungen vorliegen. Die Erforderlichkeit, der Leistungsumfang und die erforderliche Qualifikation einer Integrationsfachkraft stellt der örtliche Sozialhilfeträger im Rahmen der individuellen Teilhabeplanung im Einzelfall fest.

³ LSG Sachsen, Beschluss vom 24.07.2006, Az.: L 3 B 81/06 SO-ER